

DAK-Gesundheit unterstützt Projekt: „Wenn das Essen nur durch den Magen geht!“



Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) unterstützt das Projekt „Wenn das Essen nur durch den Magen geht!“ des Selbsthilfeverband – FORUM GEHIRN e.V. in Heidenheim mit einer großzügigen Spende. Dieses Projekt widmet sich den Fragen und Herausforderungen, die bei der Nahrungszufuhr komatöser oder beatmeter Patienten durch Sondennahrung, die über eine Magensonde verabreicht wird, auftreten.

Bei der Nahrungszufuhr eines komatösen oder beatmeten Patienten durch Sondennahrung gibt es viele Fragen der Angehörigen nicht nur bezüglich der Nahrungszusammensetzung, der Nahrungsart, der therapeutischen Maßnahmen, der sozialen

Aspekte, sondern auch die rechtlichen Aspekte der künstlichen Ernährung.

In den vergangenen Wochen verzeichnete der SelbstHilfeVerband – FORUM GEHIRN e.V. in Heidenheim einen deutlichen Anstieg an Anfragen rund um das Thema künstliche Ernährung. Die Versorgung von neurologischen Erkrankungen in Baden-Württemberg mag generell solide sein, doch immer mehr Menschen landen auf Wartelisten der Rehakliniken. Die Verweildauer in den Kliniken scheint sich rapide zu verkürzen, was die Chance auf eine sinnvolle Rehabilitation erschwert. Besonders Patienten mit schweren Verläufen und stagnierender Wachheit werden oft zu früh nach Hause entlassen, berichtet Siegel, Landesvorsitzender des SHV – Baden-Württemberg. Er fordert, dass auf Landesebene dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Situation zu verbessern und sowohl den Betroffenen als auch ihren Angehörigen gerecht zu werden.

„Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir sowohl bei den Einrichtungen als auch bei der Landesregierung aktiv werden und auf die prekäre Situation aufmerksam machen“, betonte Siegel. „Wir müssen uns gemeinsam für eine angemessene Betreuung und Rehabilitation der Patienten einsetzen. Dazu brauchen wir aber auch mehr Menschen, die bereit sind, sich dafür stark zu machen.“

Die DAK ist seit vielen Jahren ein verlässlicher Partner des SelbstHilfeVerband – FORUM GEHIRN e.V. in Heidenheim. Die aktuelle Spende wird dazu verwendet, eine Broschüre zu erstellen, die Angehörigen von betroffenen Patienten unterstützend unter die Arme greift. Die Broschüre soll Informationen über die richtige Nahrungszufuhr, rechtliche Aspekte und weiterführende Hilfsangebote enthalten und noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

„Es ist uns ein Herzensanliegen, die Betroffenen und ihre Familien in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Die Arbeit des SelbstHilfeVerbands ist von unschätzbarem Wert, und

wir sind stolz darauf, Teil dieses wichtigen Projekts zu sein“, äußerte sich Andree Rump, Chef der DAK in Aalen.

Die großzügige Spende der DAK wird zweifellos dazu beitragen, das Bewusstsein für die Situation dieser Patienten zu schärfen und ihre Versorgung zu verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen der DAK und dem SelbsthilfeVerband – FORUM GEHIRN e.V. zeigt, wie wichtig es ist, dass Krankenkassen und Selbsthilfeorganisationen gemeinsam für das Wohl der Betroffenen eintreten und hilfreiche Projekte entwickeln.

Gesund . Bunt + Unzuverlässliche Informationen für Ihre Gesundheit

Das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG), vorgeschlagen vom ehemaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, sollte ursprünglich Fehlanreize und Abrechnungsbetrug im Gesundheitssystem verhindern. Leider hat sich herausgestellt, dass die Bestimmungen dieses Gesetzes eine ernsthafte Bedrohung für Menschen darstellen, die auf Beatmung oder eine Trachealkanüle angewiesen sind. Anstatt ihnen die notwendige Unterstützung zu gewähren, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen, erhöht das IPReG den Druck zur Entwöhnung von der Beatmung, was für die Betroffenen äußerst gefährlich sein kann. Zusätzlich setzen die Fristen für regelmäßige Potenzialerhebungen die Betroffenen unter erheblichen Stress, da es nicht genügend spezialisierte Ärzte gibt, die diese Begutachtungen

rechtzeitig durchführen oder verordnen können.

Unzuv
gesund.bund.de
erlässliche Informationen für Ihre Gesundheit

Wählen Sie hier Ihre Suchkriterien aus

Ort, Adresse oder Postleitzahl: Heidenheim an der Brenz, Deuts

Fachrichtung: Fachrichtung

Nachname des Arztes oder der Ärztin: Nachname des Arztes oder der Ärztin

Besondere Leistungen (1): Besondere Leistungen (1)

Zweitmeinung: Zweitmeinung auswählen

Suchkriterien löschen

jetzt suchen

Blutreinigungsverfahren / Dialyse

Außerklinische Intensivpflege

Außerklinische Intensivpflege: Potenzialerhebung

Außerklinische Intensivpflege: Verordnung

Computertomographie

Diagnostische Katheterangiographien

Diagnostische Katheterangiographien und

Unzureichende ärztliche Versorgung in Heidenheim

Um das Problem der mangelnden ärztlichen Versorgung zu lösen, hat das Bundesministerium für Gesundheit eine Ärztesuche auf der Website gesund.bund.de eingerichtet. Doch die Ergebnisse dieser Suche werfen ein bedrückendes Licht auf die Realität. Bei der Suche nach einem Arzt, der für einen intensivmedizinisch versorgten Patienten die vorgeschriebene Potenzialerhebung in Heidenheim durchführen kann, ergab die Recherche 10 Einträge im Umkreis von 100 km, wobei ein Arzt an zwei Standorten eingetragen war.

Die Nachfrage bei den aufgelisteten Arztpraxen durch den Landesverband SHV – Baden-Württemberg ergab jedoch folgendes Ergebnis: Keiner der Ärzte wusste von ihrem Eintrag in dieser Ärztesuche. Das ist ein klares Indiz für die Unzuverlässigkeit dieser Ärztesuche. Noch alarmierender ist, dass nur 4 von 9 Ärzten die Potenzialerhebungen durchführen und Hausbesuche nicht oder bis max. 20 km anbieten. Es ist jedoch enttäuschend festzustellen, dass kein einziger Arzt bereit ist, die vorgeschriebene Potenzialerhebung für einen intensivmedizinisch versorgten Patienten in Heidenheim durchzuführen.

Darüber hinaus konnte keine der Arztpraxen eine Information zur Vergütung geben oder gaben an, dass es dafür keine Vergütung gibt. Dies zeigt, dass das Gesetz nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch die Ärzte, die sie behandeln/begutachten sollen, benachteiligt. Das Bundesministerium für Gesundheit kann seinen eigenen Slogan „Verlässliche Informationen für Ihre Gesundheit!“ auf gesund.bund.de nicht erfüllen, da es sich hierbei nur um einen Marketing-Gag zu handeln scheint.

Fazit und Lösungsansatz

Die vorliegenden Zahlen und Fakten werfen ein bedrückendes Licht auf die Realität der ärztlichen Versorgung für beatmungspflichtige Patienten in Heidenheim und verdeutlichen die Unzulänglichkeiten des IPReG-Gesetzes. Es ist offensichtlich, dass die Bestimmungen des Gesetzes nicht nur die Betroffenen selbst gefährden, sondern auch zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen.

Es ist daher unerlässlich, dass die Regierung handelt und die Mängel des IPReG-Gesetzes angeht. Die Einrichtung einer Ärztesuche auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit ist ein erster Schritt, der jedoch deutlich verbessert werden muss, um tatsächlich verlässliche Informationen zu liefern.

Darüber hinaus sollte das Gesetz einer umfassenden Überprüfung und Validierung unterzogen werden, um sicherzustellen, dass es tatsächlich den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht wird und in der Praxis umsetzbar ist. Gesetze, die sich als nicht praktikabel erweisen, sollten nicht schöngeredet, sondern verworfen werden.

Ein Lösungsansatz könnte darin bestehen, dass jedes vom Bundestag erlassene Gesetz automatisch nach 365 Tagen ausläuft, wenn es nicht durch ein Qualitätsverfahren validiert wurde. Nach einer erfolgreichen Validierung und der Vergabe

eines Qualitätssiegels sollte das Gesetz erneut vom Bundestag beschlossen werden. Dieser Ansatz würde sicherstellen, dass Gesetze nicht einfach auf dem Papier existieren, sondern tatsächlich positive Auswirkungen haben und den Menschen helfen, die davon betroffen sind. Es würde auch sicherstellen, dass die Interessenverbände nicht ihre eigenen fragmentierten Lösungen auf Kosten der Bürger durchsetzen können. Nur so kann das Vertrauen der Menschen in das Gesundheitssystem wiederhergestellt und die notwendige Unterstützung für diejenigen gewährleistet werden, die auf lebenserhaltende Maßnahmen angewiesen sind.

Es liegt an uns allen, diese Missstände anzuprangern und Veränderungen zu fordern, die das Wohl und die Selbstbestimmung der betroffenen Patienten in den Mittelpunkt stellen. Es ist an der Zeit, die Stimme für eine gerechte und umfassende Gesundheitsversorgung zu erheben, die niemanden zurücklässt.

Das IPReG-Gesetz muss ausgesetzt und überarbeitet werden, damit es den Bedürfnissen und Rechten der Betroffenen gerecht wird und eine wirkliche Verbesserung ihrer Lebenssituation ermöglicht.

LINK zur unzuverlässigen Ärztesuche:
<https://gesund.bund.de/suchen/aerztinnen-und-aerzte>